



Editorial

von Alexander
Bertram



Liebe Treptow-Köpenicker, nachdem unlautere Maskengeschäfte zu zahlreichen Rücktritten von CDU-Politikern in ganz Deutschland geführt haben, hat der Maskenskandal mittlerweile Treptow-Köpenick erreicht: Auch der CDU-Bundestagsdirektkandidat Niels Korte musste zurücktreten, nachdem er zugegeben hatte, vom Handel mit Masken profitiert zu haben. Laut Presseberichten ging es dabei um ein Auftragsvolumen von ca. 20 Millionen Euro, ein hübsches Sümmchen bei einer zu vermutenden Gewinnspanne von über 50% (Festpreis von 4,50 Euro pro Maske). Dass ein Krisen-Gewinnler wie Niels Korte überhaupt CDU-Kandidat für den Bundestag werden konnte, lässt tief blicken, verwundert aber auch nicht wirklich angesichts der Korruptionsanfälligkeit der Berliner CDU. Denn Kortes Parteifreund und CDU-Bezirksvorsitzender Maik Penn hat den Maskendeal bei Jens Spahn selbst mit eingefädelt. Und der in seinem Heimatbezirk gescheiterte CDU-Generalsekretär Stefan Evers wurde von Penn nach Treptow-Köpenick importiert, um genau diese Korte-Penn-Seilschaft weiter zu verstärken. Da wundert es nicht, dass Evers „großen Respekt“ für seinen zurückgetretenen Kollegen Korte bekundet.

Dass Korte bei Facebook nun versucht, seinen persönlichen Bereicherungsfeldzug als Beitrag zur Bekämpfung von Corona zu verkaufen, schlägt dem Fass den Boden aus! Scheinbar hat die CDU jede Verbindung zur Lebensrealität der Menschen verloren. Dass sich einige CDU-Politiker die Taschen vollstopfen, während viele Menschen als Folge der Corona-Politik vor dem wirtschaftlichen Abgrund stehen, ist ungeheuerlich. Es ist höchste Zeit, dass die Wähler dieses Jahr der CDU die rote Karte zeigen!

IHR ALEXANDER BERTRAM
BEZIRKSSPRECHER

Gute Oppositionsarbeit

Georg Pazderski
im Interview
Seite 3



Das Wunder von Berlin

Stadtschloss
wiederaufgebaut
Seite 8



Das Ende des Merkelismus und die Zukunft Deutschlands

Kann die CDU als Volkspartei überleben?



Foto: stock.adobe.com, Happiphotons

Das bevorstehende Ende der Ära Merkel wirft die Frage auf, wie es nach der nächsten Bundestagswahl in Deutschland weitergehen wird.

Fest steht: Wer auch immer das Kanzleramt übernimmt, muss ein schweres Erbe antreten. Fast 16 Regierungsjahre Angela Merkels haben zu einem beispiellosen Vertrauensverlust in die Grundlagen staatlichen Handelns geführt. Mit ihrem übereilten Atomausstieg, der vertragswidrigen Euro-Rettung und dem Weg in die europäische Transferunion, dem stümperhaften Corona-Management, aber vor allem mit ihrem rechtswidrigen Offenhalten der Grenzen 2015

und ihrer Hinnahme illegaler Masseneinwanderung bis heute hat Merkel Deutschland schweren Schaden zugefügt. Sie hinterlässt ein gespaltenes und tief verunsichertes Land. Nicht nur für Konservative und Liberale, sondern ganz allgemein für den arbeitenden Teil unserer Republik fällt Merkels Bilanz bitter aus. Jeder, der nicht zu den Begünstigten der boomenden Sozial- und Minderheiten-Industrie zählt oder von „christ-demokratischen“ Masken-Deals

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE



Martin Trefzer MDA, Bezirkssprecher

FORTSETZUNG VON SEITE 1

à la Niels Korte und Maik Penn profitieren kann, muss am Ende die Zeche bezahlen.

Nachdem die Kanzlerin zunächst ihre eigene Partei programmatisch entkernt hat, hat sie das Koordinatensystem der Bundesrepublik Deutschland weit nach links verschoben. So wurde sie zur Wegbereiterin eines links-grünen Gesellschaftsumbaus, der immer bizarrere Blüten treibt.

An der Spitze der Bewegung stehen die Grünen, die unter dem Deckmantel des Klimaschutzes mit einem radikalen Umsturzprogramm in die Bundestagswahl gehen. Die Umsetzung dieses neuen Evangeliums ihrer innerweltlichen Ersatzreligion würde kaum einen Stein auf dem anderen lassen – angefangen von der Art, wie wir wirtschaften und uns fortbewegen, bis hin zur Art, wie wir unsere Kinder erziehen und uns in der Öffentlichkeit ausdrücken dürfen. Auch die SPD hat mit ihrer neuen Doppelspitze deutlich gemacht, dass Olaf Scholz allenfalls das Feigenblatt für die Reise in eine andere Republik sein soll. Von der alten Linken, die still und leise an der Rehabilitierung der SED-Diktatur arbeitet, ganz zu schweigen.

Die Gefahr, dass nach der Bundestagswahl Merks links-grüne Stichwortgeber selbst das Ruder übernehmen, ist so real wie die Wahlerfolge der von Merkel aufgepumpten Grünen. Ob dann am Ende eine grün-schwarze Koalition, eine Ampel-Koalition oder gleich eine grün-rot-rote Linkskoalition das Erbe Merks antritt, macht da keinen großen Unterschied.

Müsste Deutschland diesen bitteren Kelch bis zur Neige leeren, stünden am Ende eines solchen Experiments am lebenden Objekt ein aufgelöster Nationalstaat, ideologisch verbrämte Minderheitenrechte für wenige statt Rechtsstaatlichkeit für alle sowie öko-sozialistische Regulierungsallmacht statt sozialer Marktwirtschaft.

Das kann eigentlich niemand wollen. Am wenigsten die CDU selbst, die damit den Weg

der italienischen Democrazia Cristiana in die Bedeutungslosigkeit ginge oder zum Mehrheitsbeschaffer für die Grünen herabsinken würde.

Trotzdem ist eine Kurskorrektur aus dem Inneren der Union nicht zu erwarten. CDU und CSU sind, vom jahrelangen Regieren saft- und kraftlos geworden, in der Merkel'schen Abwärtsspirale gefangen. Weder Armin Laschet noch Markus Söder verfügen über das erforderliche Rüstzeug, um aus der links-grünen Umklammerung auszubrechen.

Deshalb kann in der jetzigen Situation das Mittel der Wahl nur in einer konsequenten Oppositionspolitik liegen – einer Oppositionspolitik, die Wege zu bürgerlichen Alternativen offenhält, ohne sich im Klein-Klein parteitaktischer Überlegungen zu verlieren.

Diejenige politische Kraft aus der Mitte der Gesellschaft, die sich dieser Aufgabe erfolgreich stellt, muss Gott sei Dank nicht neu erfunden werden. Sie ist bereits in allen deutschen Parlamenten vertreten. Es ist die AfD, die mit ihrer konsequenten Oppositionspolitik den Zorn der Regierenden und ihres erweiterten Unterstützerumfelds auf sich gezogen hat.

Nur mit einer starken AfD hat Deutschland die Chance, eines Tages aus dem Schatten Angela Merks herauszutreten.

Die AfD weiß, dass Deutschland nur dann wieder auf einen Kurs der politischen Vernunft und der Bewahrung des Nationalstaates zurückgeführt werden kann, wenn die Alternativen zur Politik der Chaotisierung und De-Nationalisierung Deutschlands auch in schwierigen Zeiten klar erkennbar bleiben.

Nur durch das Aufzeigen von Alternativen kann die Chance auf eine bürgerliche Trendumkehr gewahrt werden.

Im Übrigen gilt: Auch wer opponiert, übernimmt in einer Demokratie Verantwortung für sein Land!

Jetzt muss es vor allem darum gehen, zu zeigen, dass es Deutschland besser kann und dass wir weit unter unseren Möglichkeiten bleiben, solange Deutschland im linken Abseits verharret.

Nur mit einer starken AfD hat Deutschland die Chance, eines Tages aus dem Schatten Angela Merks herauszutreten. Für die Union hingegen sind Hopfen und Malz verloren. Jede Stimme für die CDU ist eine verschenkte Stimme. Wer die Chance auf eine bürgerliche Kurskorrektur wahren will, wählt 2021 AfD.

~ MARTIN TREFZER



Die Falockung dett schnöden Mammons hatja schon imma watt quasirelijöses jehabt; ick hätte nu nich jedacht, das ausjerechnet in Zeiten der absolutistischen Alleinherrschaft von Königin Angel...ähh Corona sich ne Volkspartei, die eenen direkten Bezuch zuner Glaubensrichtung im Namen hat, uff diese Art und Weese als doppelt faräterisch an ihra eijenen Ausrichtung fagreifen tut. Iss ja wohl weda christlich noch demokratisch, watt sich die Herren Maskenfakäufers da jeleistet ham. Und wattse sich wohl von diesn ordentlichen Batzen Knete leisten wollten, wa? Die armen aabetslosen Künstlers untastützen wirts wohl nich jewesen sein. Und dass een warmer Jeldregen uffde Gastronomie nieder-jejangen wäre, wagich ooch zu bezweifeln. Soviel kann man doch janich essen gehen tun in de von die Spitzenpolitikas bevorzugte Restaurationen midde feinen Hintazimmers ohne Maskenzwang und Kanzla-Kürungs-Geheimabsprachen-Dunst, das dett der janzen Branche uffde Beene helfen tun würde. Ick tippe uff Impfstoff-Beschaffungs-Kriminalität, weil nich-krank-und-reich issja bessa als reich-und-tot. Oda die jlooben ooch nich an ihre hausjekochte Panikdemie und fliejen lieba midde Knete uffde Malediven, fernab von Volk und Vataland. Fürne schlappe halbe Mio kann man da ja schoma für nen paar Monate die Zeit rumbring, wa? Und kommste wieda und biste abjewählt, na, watt solls? Mit 2 Mille Rente biste inner Südsee imma noch King! Oda Queen. Wie Monarchen benehm tun sesich doch jetze schon. Neulich hat mir eener jefragt, watt ick die Herrn Dreist-Chemokraten und Konsorten jerne ma sajen würde. Na, DETT is einfach: „**Sie sind fahaftet.**“

„Wir zeigen wie gute Oppositionsarbeit geht!“

Interview mit Georg Pazderski, Vorsitzender der AfD Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Georg Pazderski wurde 1951 in Pirmasens (Rheinland-Pfalz) geboren und leistete 41 Jahre lang als Berufssoldat in der Bundeswehr Dienst. Ende 2012 schied er als Oberst aus dem militärischen Dienst aus und setzt sich seitdem als Mitglied der Alternative für Deutschland (AfD) in verschiedenen Funktionen für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in unserem Land ein. Georg Pazderski ist Vorsitzender der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin.



**Georg Pazderski,
Vorsitzender der AfD-Fraktion im
Abgeordnetenhaus von Berlin**

Guten Tag Herr Pazderski! Die schwierigste Frage zuallererst: Was läuft momentan besonders gut in Berlin?!

Die Arbeit der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Wir zeigen, wie gute Oppositionsarbeit geht! Die Bausenatorin musste aufgrund unserer Arbeit zurücktreten, die Ermittlungen gegen Senatorin Breitenbach wurden von einem Mitglied der Fraktion angestoßen, und die Plagiatsaffäre der SPD-Spitzenkandidatin Franziska Giffey wurde ebenfalls von uns aufgedeckt. Auch haben wir erfolgreich gegen die Pop-up-Radwege geklagt, leider wurde dieser Erfolg durch Tricksereien des Senats wieder zunichtegemacht. Ein besonderer Dank gebührt den in diesen Fällen federführenden Kollegen Hanno Bachmann, Martin Trefzer, Dr. Kristin Brinker, Frank Scholtysek und Marc Vallendar. Sie sehen, die Arbeit der Fraktion trägt Früchte! Es ist eine Freude, dieser Fraktion vorsitzen zu dürfen!

Sind Sie schon einmal vom „brandneuen“ Flughafen BER abgehoben?

Ich wollte kurz nach dem ersten Eröffnungstermin vom BER eine Auslandsreise antreten. Vielleicht ergibt sich die Gelegenheit in diesem Jahr – das wäre dann mit 10-jähriger Verspätung das erste Mal. Ob das vor dem Hintergrund der Corona-Politik der Altparteien demnächst möglich sein wird, ist allerdings mehr als fraglich! Die AfD fordert daher eine Politik mit Vernunft, d.h. Risikogruppen gezielt schützen, die Wirtschaft unterstützen und den Lockdown sofort beenden, um den Bürgern ihre Freiheit zurückzugeben.

Die Schulpolitik, die die SPD in Berlin nun schon seit Jahrzehnten verantwortet, ist eine einzige Blamage! Der Unterricht findet mancherorts in Containern statt. Bundesmittel im Rahmen der Schuldigitalisierung werden nicht abgerufen und drohen zu verfallen. Und wer sich die Rahmenpläne der Berliner

Schulen einmal vor Augen führt, findet dort zunehmend ideologische Modebegriffe, aber immer weniger Inhalte zur Förderung kultureller Bildung. Was ist davon zu halten?

Berlin ist bei der Bildung seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, das bundesdeutsche Schlusslicht. Das ist der roten Bildungspolitik der SPD geschuldet, die seit 25 Jahren das Bildungsressort innehat. Die Berliner Bildungspolitik fokussiert sich auf Ideologie statt auf Inhalte. Ideologie ersetzt aber keine Bildung, deswegen fordern wir eine Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem. Auch sollte die Vermittlung von Wissen wieder in den Vordergrund rücken. Wer aus der Schule kommt, muss lesen, rechnen und schreiben können; er muss die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Berufsleben haben. Deshalb ist besonderer Wert auf die MINT-Fächer zu legen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Grundvoraussetzung für einen funktionierenden Schulbetrieb sind zudem Ausstattung und Infrastruktur. Hier muss dringend gehandelt werden! Leider muss man auch im Bereich Bildung vom gescheiterten Land Berlin sprechen. Hier gilt, Verbesserungen gibt es nur mit der AfD!

„Berlin ist bei der Bildung seit Jahrzehnten das bundesdeutsche Schlusslicht“

Warum lassen sich das Schüler, Eltern und Lehrer in Berlin eigentlich noch gefallen?

Der Unmut ist bei vielen sehr groß, auch im Elternverband. Es ändert sich allerdings nichts, solange sich das Wahlverhalten nicht ändert. Gute Bildung ist ein Kernanliegen der AfD, die bekommen sie nicht mit Rot-Rot-Grün!

Ein weiteres Kuriosum stellt die Politik des grünen Justizsenators dar: Das sogenannte „Landesantidiskriminierungsgesetz“ stellt Polizisten und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Berlin nun unter Generalverdacht. Haben die Beamten das verdient?

Nein, auf keinen Fall! Dieses Gesetz ist ein Schlag ins Gesicht der Beamten. Herr Behrendt hilft mit diesem Gesetz zwei Interessensgruppen: den Linksextremisten – also der linksterroristischen Antifa – und den Clan-Verbrechern. Schlimm, dass ein Justizsenator lieber Kriminelle schützt als unsere Beamten!

Wie bewerten Sie die Aktivitäten des Berliner Innensenators Geisel (SPD); Stichwort Clan-Kriminalität und Verfassungsschutz?

Bei der Clan-Kriminalität ist SED-Geisel ja „aktiv“ geworden ... Er möchte den Begriff verbieten! Nur eines von vielen Beispielen, wie Rot-Rot-Grün Probleme „löst“. Man verbietet, das Problem beim Namen zu nennen. Auch die Verfassungsschutz-Thematik ist typisch für diesen alten SED-Mann. Der VS wird politisch instrumentalisiert, und wenn die Ergebnisse nicht passen, wird mit Druck, Versetzungen und Intrigen das gewünschte Ergebnis herbeigeführt. Diese Verhaltensweise zeigt sich auch im Umgang mit dem Gutachten des Berliner VS, welches die AfD von allen Vorwürfen der Alt-Parteien freispricht. Kurz, der Mann ist eine Schande für das Amt des Innensenators!

Warum bekommt der Berliner Senat den ausufernden Linksextremismus in dieser Stadt nicht in den Griff?

Der Senat hat kein Interesse daran, diesen Linksterrorismus zu bekämpfen. Die so-

WEITER AUF NÄCHSTER SEITE

WEITER MIT INTERVIEW

nannte Antifa ist der verlängerte Arm der rot-rot-grünen Senatsparteien und handelt in ihrem Sinne. Man will alles und jeden, der eine wirklich andere Meinung hat, diffamieren und angreifen. Sogenannte linke Aktivisten schrecken weder vor Brandstiftung noch vor Gewalt gegen Menschen zurück. Der Senat ist gefordert, sich von seinen Schlägertruppen nicht nur zu distanzieren, sondern diese Verbrecher aktiv zu bekämpfen!

„Die Antifa ist der verlängerte Arm der rot-rot-grünen Senatsparteien.“

Der Verkehr in Berlin ist ein einziges Chaos! Taxifahrer klagen nicht erst seit der Lockdown-Politik ihr Leid. Lieferanten und Handwerker, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind, werden in Form von „Pop-up Radwegen“ und Dauerbaustellen Steine in den Weg gelegt. Wohin soll das noch führen?

Das alles dient dazu, die rot-rot-grüne Klientelpolitik durchzusetzen. Den rot-rot-grünen Senat interessiert es nicht, dass die alleinerziehenden Krankenschwestern aus den Außenbezirken auf ihre Autos angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen und im Anschluss ihre Kinder von der Kita abzuholen. Die Klientel des Senats wohnt in den schicken Innenstadtbezirken und hat gut bezahlte Staatsjobs; die brauchen kein Auto. Übrigens ist das auch der Grund, warum die rot-rot-grüne Klientel den Mietendeckel so toll findet. Der nützt fast ausschließlich den Gutverdienern in den teuren Bezirken. Lieferanten, Handwerker und Unternehmer zählen aber zur Wirtschaft und sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Damit sind sie für Rot-Rot-Grün Feinde.

Wie sähe eine Verkehrspolitik unter Federführung der AfD aus? Welche verkehrspolitischen Fachkonzepte stellt die AfD dem grünen Wahnsinn entgegen?

Die AfD setzt auf Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmer, eine gute Infrastruktur (Straßen, Parkplätze etc.) und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, insbesondere der U- und S-Bahnstrecken. Wir haben dazu ein umfangreiches Verkehrskonzept erarbeitet und vorgelegt.

Was ist eigentlich aus CDU und FDP in Berlin geworden? Warum wirken die beiden Parteien nun schon seit Jahren müde und zahnlos?

Im EU-Wahlkampf habe ich einen Satire-Aufkleber über die FDP gesehen. Auf diesem stand: „Wissen Sie, wofür wir stehen? Wir auch nicht!“. Ich finde, dass dieser Spruch die FDP sehr gut charakterisiert. Sie ist unter Christian Lindner zu einer Schwatzbude ohne Mut und Rückgrat verkommen. Die Union hat unter Merkel alles Konservative und Bürgerliche über Bord geworfen. Geblieben ist eine leere Hülle, die einzig und allein auf Machterhalt ausgerichtet ist. Die Union ist beliebig geworden, und sie hat unserem Land in den letzten Jahren schweren Schaden zugefügt.

Die Kanzlerin taumelt im Lockdown- und Impfwirrwarr, und nun wird die Union bundesweit auch noch von einer Masken-Korruptionsaffäre schwer erschüttert. Was ist da nur los?

Die Korruption in der Union nimmt erschreckende Ausmaße an! Es wird ein korrupter Sumpf immer größerer Tragweite sichtbar. Der redliche Bürger kann sich hier nur an den Kopf fassen. Auch die CDU Treptow-Köpenick ist in den Maskenskandal involviert. Deswegen musste ihr ehemaliger Bundestagsdirektkandidat Niels Korte einen Rückzieher machen.

„Die AfD setzt auf Gleichbehandlung der Verkehrsteilnehmer“

Noch ist die Berliner AfD eine starke politische Kraft in der parlamentarischen Opposition. Sie machen sich aber bereits Gedanken über die Zukunftsperspektiven Berlins. Welche mittel- und langfristigen Ideen haben Sie für unsere Stadt, und welche Projekte würden Sie in Regierungsverantwortung gerne umsetzen?

Wir müssen zurückkehren zu einer Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert! Dazu arbeiten wir gerade an einem Wirtschaftskonzept für die nächsten 10 Jahre und einer Vision 2050. In der Vision 2050 geht es darum, wie Berlin in 30 Jahren sein soll und was getan werden muss, um diese Stadt

wieder erfolgreich zu machen. Im Mittelpunkt stehen die Chancen und die Lebensqualität der Menschen. Dieser ganzheitliche Ansatz umfasst alle Politikfelder: Wir wollen eine starke Wirtschaft, gute Bildung, eine international anerkannte Wissenschaft, solide Finanzen, eine leistungsfähige Verwaltung, professionelle Digitalisierung, endlich wieder Sicherheit und Ordnung, bezahlbare Wohnungen, die traditionelle Familie als Kern der Gesellschaft, eine saubere Umwelt, individuelle Mobilität, eine moderne Gesundheitsversorgung sowie den Erhalt unserer Identität als deutsche Hauptstadt. Ein besonderer Schwerpunkt wird nach den problematischen Erfahrungen der letzten Jahre den Themen Asylmissbrauch und Integration sowie Freiheit, Eigenverantwortung und Erhalt der Bürgerrechte zukommen. All dies gehört zu den Grundforderungen der AfD.

„Wir müssen zurückkehren zu einer Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert!“

Sie treten im Wahlkreis 6 Köpenick-Nord, Friedrichshagen, Rahnsdorf/Hessenwinkel als Direktkandidat der AfD gegen Carsten Schatz (DieLinke) an. Schatz ist auch Mitglied im Abgeordnetenhaus von Berlin. Welchen Eindruck konnten Sie dort in den letzten Jahren von Ihrem politischen Gegner gewinnen?

Herr Schatz hat ja eine einschlägige Vita! Nach dem Abitur ging er zur Offiziershochschule der Landstreitkräfte „Ernst Thälmann“. Dann war er Hausbesetzer und in der PDS aktiv. Er hat die „Proteste“ gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm 2008 organisiert und bezeichnete die Berliner Mauer als Existenzsicherung der DDR. Sie sehen im Falle von Herrn Schatz einen Linken-Politiker, wie er im Buche steht! Den Geist der SED hat er vollends verinnerlicht. Durch konstruktive Parlamentsarbeit ist er bisher nicht aufgefallen

Die CDU hat in Ihrem Wahlkreis Maik Penn aufgestellt. Was halten Sie von ihm?

Das ist ein eher linker CDUler. Er passt gut in die Merkel-CDU. Damit sollte alles gesagt sein.

Warum erfreut sich die AfD insbesondere in den Berliner Außenbezirken eines solch großen Zuspruchs? Warum sind die kritische politische Haltung der AfD und die heimatverbundene Lebenseinstellung, die uns auszeichnet, gerade hier so beliebt?

In den Außenbezirken leben viele Leistungsträger unserer Gesellschaft: Polizisten, Feuerwehrmänner, Handwerker, Facharbeiter, Krankenschwestern; kurz, der arbeitende Mittelstand! Das sind unsere Wähler!

Warum haben Sie sich vor einigen Jahren eigentlich für Treptow-Köpenick als Heimat entschieden? Was gefällt Ihnen besonders an unserem Bezirk?

Als meine Frau und ich vor 11 Jahren aus den USA nach Deutschland zurückgekommen sind, haben wir einen Ort gesucht, der in der Nähe unserer Kinder und Enkel ist, der die Vorteile einer Großstadt sowie große Naturnähe bietet und an dem wir gemeinsam alt werden können. Das alles haben wir in Rahnsdorf gefunden, wo wir uns – auch wegen der sehr netten Nachbarschaft – ausgesprochen wohlfühlen.

„Seien Sie achtsam gegenüber der linksgrünen Verbots- und Einschränkungspolitik!“

Was möchten Sie den Treptow-Köpenickern zum Abschluss noch mit auf den Weg geben?

Seien Sie achtsam gegenüber der linksgrünen Verbots- und Einschränkungspolitik, die den Charakter unseres Bezirks zerstören würde! Bisher lag der Fokus von Rot-Rot-Grün zwar vor allem auf den Innenstadtbezirken. Wir dürfen aber nicht davon ausgehen, dass Treptow-Köpenick von ideologischen Übergriffen verschont bleibt. Auch unser Kiez ist bedroht! Denn in der sogenannten wachsenden Stadt drohen der Verlust von Freiräumen und eine gnadenlose Nachverdichtung. Dem gilt es, mit Mut entschieden entgegenzutreten!

Herr Pazderski, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Ein Altglienicker Zwischenruf

Wo steht unsere Demokratie heute?

Als ehemaliges CDU-Mitglied habe ich zusammen mit vielen Freunden – auch anderer Parteien – in Altglienicke die politische Wende 1989 aktiv mitgestaltet. Nach der ersten Begeisterung stellte sich schon bald Ernüchterung ein, denn die Hoffnungen vieler auf breite Demokratisierungsprozesse im ganzen Land wurden beileibe nicht in der Weise realisiert, wie wir es uns gewünscht hatten. Als interessierter parteiloser Bürger muss ich heute feststellen, dass sich viele Aspekte unseres politischen und gesellschaftlichen Lebens überhaupt nicht so darstellen, wie es das demokratische Lehrbuch verlangen würde...

Wo ist heutzutage die offene Auseinandersetzung über Probleme unseres gesellschaftlichen Lebens? Die etablierten Parteien haben gar kein Interesse daran und lassen sie nicht zu! Ich habe es satt, mir das flache und mit auffallend vielen Wiederholungen gefüllte Fernsehprogramm des sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzusehen. Wo ist eine breite öffentliche Debatte über die GEZ-Zwangsabgabe? Ist es nicht dreist, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ständig die Gebühren erhöhen und bei einer Infragestellung ihres üppigen Budgets auf Knopfdruck Krokodilstränen weinen? Tom Buhrow & Co. wollen nun sogar vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, nachdem eine Initiative der AfD in Sachsen-Anhalt den Gebührenerhöhungsteufelskreis erfolgreich ausgebremst hat. Es geht um schlappe zusätzliche 381 Millionen Euro! Ironischerweise „droht“ die ARD aktuell mit Einschnitten im Programm. Gott bewahre! Ob wir damit wohl leben können?!

Wo ist der parlamentarische Schlagabtausch früherer Jahrzehnte? Die demokratische Debatte ist kaum noch vorhanden. Allerdings hat die AfD frischen Wind in die Volksvertretungen gebracht. Und was passiert prompt?! In den Parlamenten wird versucht, die Opposition durch einen linken Einheitsblock kaltzustellen. Die ehrliche Oppositionsarbeit der demokratisch legitimierten AfD wird diffamiert und verteufelt. Warum gibt es eigentlich keine



Foto: stock.adobe.com, Marcito

öffentliche Diskussion über das Programm der AfD? Wäre das nicht eine aufrichtige und demokratische politische Auseinandersetzung wert?

Und wie kann es eigentlich sein, dass „DieLinke“ – eine Partei aus der Erbmasse des Stalinismus – heute bis weit in CDU-Kreise hinein wie selbstverständlich als koalitionsfähig erachtet wird, während die historisch unbelastete, klar Rechtsstaatlichkeit einfordernde AfD weiterhin der Verunglimpfung durch die Altparteien und deren öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgesetzt ist?

Wer sich als Prominenter nicht der Hexenjagd gegenüber der AfD unterordnet, wird eiskalt gestrichen. Der Kabarettist Uwe Steimle hat seinen Rauswurf beim MDR 2019 daher unmissverständlich mit der Situation von Künstlern in der DDR verglichen. Wie wurde mit Xavier Naidoo verfahren, als er öffentlich Kritik geäußert hat? Und was passiert gerade mit Nena?

Nur, weil er die vorgegebene Meinung im Zusammenhang mit zweifelhaften „Hetzjagden“ in Chemnitz 2018 nicht widerspruchslos hingenommen hat, wurde der ehemalige Verfassungsschutzpräsident Dr. Maaßen von den derzeitigen Machthabern entlassen.

Dies alles ist sehr bedenklich – Demokratie und Grundrechte werden hierzulande nicht erst seit den unverhältnismäßigen Lockdowns vom Altparteienkartell mit Füßen getreten. Es ist höchste Zeit, sich dem politisch entgegenzustellen! Die Verteidigung von Freiheiten ist mühsam; aber sie ist wertvoll, denn die Rückgewinnung verloren gegangener Freiheiten ist noch viel schwieriger. ~W. HENSCHEL

Dauerhafter Schutz von Kleingärten

Eine Gesetzesinitiative der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



Fotos: stock.adobe.com, Bismann

Umweltschutz ist Heimatschutz! Die AfD-Fraktion bringt das erste Gesetz zum dauerhaften Schutz von Kleingartenanlagen in das Berliner Landesparlament ein.

Die Berliner Kleingärten (KGA) sind als Grün- und Freifläche unentbehrlich für unsere Stadt. Sie dienen als Frischluftschneisen, als Erholungsraum sowie zur gärtnerischen Nutzung und Freizeitgestaltung für Hunderttausende Berliner. Sie tragen ganz wesentlich zur Kaltluftentstehung bei und beeinflussen somit in den Sommermonaten das Stadtklima positiv.

Kleingärten dienen als Nahrungs- und Rückzugsraum für Insekten, speziell auch für Bienen.

Als Nahrungs- und Rückzugsraum für Insekten, speziell auch für Bienen und andere Bestäuber, bilden sie auf rund 2.900 Hektar Fläche (das entspricht der Fläche von über 4000 Fußballfeldern) ein einmaliges Kleinod in der Stadtstruktur, um das uns viele andere Millionenmetropolen auf der Welt beneiden. Insgesamt umfassen die Berliner Kleingärten rund 71.000 Parzellen in ca. 900 Anlagen; das wiederum entspricht ca. 3,25% des Stadtgebiets. Keine vergleichbare Metropole hat eine so große Anzahl an privat nutzbaren Gärten im unmittelbaren Einzugsbereich der Innenstadt!

Leider sind die Berliner KGA durch intensive Bautätigkeit mehr und mehr in ihrer Exis-

tenz bedroht. Etwa drei Viertel der gesamten Berliner KGA befinden sich auf landeseigenen Grundstücken, und Senat und Bezirke suchen dringend Bauflächen, da Berlin durch den Zuzug von Menschen aus aller Welt seit 2010 pro Jahr um ca. 30.000 bis 50.000 Menschen gewachsen ist.

Im Jahr 2020 mussten über 1200 Parzellen von ihren Pächtern geräumt werden, damit dort gebaut werden kann. Bis 2030 soll mehr als jeder zehnte Kleingarten in Berlin wegfallen. So sieht es der sogenannte Kleingartenentwicklungsplan des Senats aktuell vor. Es könnten aber auch mehr werden, denn der Kleingartenentwicklungsplan ist keine verbindliche Verordnung oder ein Gesetz, sondern lediglich eine vage Absichtserklärung des Senats. Die Kleingartenverbände sind mit dieser Absichtserklärung zutiefst unzufrieden, da es für die KGA-Pächter so keinerlei wirkliche Sicherheit gibt, dass sie ihre Parzellen langfristig weiter nutzen können.

Hier zeigt sich, dass Kleingärten eines Schutzes bedürfen, der die Nutzung auf Dauer garantiert, damit den Kleingartenvereinen und ihren Mitgliedern Planungs- und Investitionssicherheit gegeben sowie die positive und wichtige Umwelt- und Naturschutzfunktion dieser Flächen bewahrt wird. Für Kleingärten auf städtischem Grund muss daher per Gesetz ein rechtlich verbindlicher Schutz geschaffen werden.

Da vom Senat offenkundig kein Gesetz zum Schutz der KGA gewollt ist und die Koalitions-



Frank Scholtysek MdB, Sprecher für Umwelt, Verkehr und Klimapolitik der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

fraktionen sich nicht einigen können, legte die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin im März einen einfachen, kurz, prägnant und klar formulierten Gesetzentwurf vor, um noch in dieser Legislaturperiode in Berlin einen dauerhaften Schutz aller Kleingärten auf städtischem Grund per Gesetz zu sichern. Ähnlich dem Dauerwaldvertrag von 1915, der unsere Berliner Wälder schützt, müssen nun endlich auch unsere Berliner Kleingärten dauerhaft geschützt werden!

Zu finden ist der Gesetzentwurf unter der Drucksachennummer 18/3443 über die Suchfunktion der Internetseite des Berliner Abgeordnetenhauses. Der Entwurf liegt zudem allen Kleingartenverbänden in Berlin vor.

~FRANK SCHOLTYSEK



AUS DER FRAKTION

BVV TREPTOW-KÖPENICK FRÜHLING 2021



FRAKTION
TREPTOW-KÖPENICK



Kontakt

AfD-Fraktion Treptow-Köpenick

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

☎ 030 90297 4290

✉ post@afd-fraktion-tk.de

🌐 www.afd-fraktion-tk.de

📘 facebook.com/AfDFraktionTK/

Bürgersprechstunden

Dienstag 10:00 bis
13:00 Uhr **Mittwoch &
Donnerstag** 15:00 bis
17:00 Uhr sowie nach
Vereinbarung

Kommen Sie zur BVV!

Die Sitzungen der BVV
sind öffentlich.

**Nächste Sitzungen
der BVV 06. Mai 2021
und 10. Juni 2021**

Ab 16:30 im Livestream
verfolgen!



Der ganze
Sitzungskalender
im Internet:

https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/si010_e.asp

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland in der Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick, Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS

Alexander Bertram TELEFON 030 90297 4290

E-MAIL post@afd-fraktion-tk.de Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-BVV-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Foto: stock.adobe.com, Robert Krieschke



Doppeltes Spiel der Altparteien Mit billigen Tricks und parteitaktischen Manövern gegen das Wohl der Bürger unseres Bezirks

Halbwahrheiten, Ablehnungsorgien und Geschäftsordnungstricks – die Altparteien sind so hilflos wie noch nie! Im Rahmen der Bezirksverordnetenversammlungen im Februar und März konnten wir wieder eindrucksvoll erleben, dass die Altparteien sich nur noch mit billigen Tricks und mittels ihrer Mehrheit über Wasser halten können. Dabei haben sie den Boden der Sachlichkeit schon lange verlassen und ergehen sich interessanterweise zunehmend in dreister Kopierarbeit von AfD-Anträgen.

Als AfD-Fraktion ist es uns stets ein Anliegen, unseren Bezirk mit sachorientierten Anträgen voranzubringen und so Monat für Monat zum Besseren zu entwickeln. Leider scheinen die anderen Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung dieses Anliegen nicht zu teilen.

Anders ist nicht zu erklären, dass die Beschilderung einer uralten Ulme in Rahnsdorf mittels Geschäftsordnungstricks verhindert und ins Gegenteil verkehrt wird, oder aber, dass Trixi-Spiegel zur Verhinderung von Abbiegeunfällen mit fadenscheinigen Argumenten abgetan werden. Und wenn in der Hochphase der Pandemie der für Gesundheit zuständige AfD-Stadtrat aus rein wahltaktischen Motiven eine Missbilligung erhält, wird auch dem unbedarftesten Leser klar, dass es insbesondere den linken Fraktionen schon lange nicht mehr um eine Verbesserung unseres Bezirkes geht. Es geht den Roten, Grünen und der CDU einzig und allein darum, die eigenen Posten und Pöstchen bei der anstehenden

Wahl zu sichern!

All dies geschieht leider größtenteils ohne wirkliche Beteiligung und Wahrnehmung der breiten Öffentlichkeit. Denn gerade jetzt sind die Augen mehr auf das Bundeskanzleramt und den Berliner Senat gerichtet als auf das Rathaus in Treptow. Dabei werden auch dort immer wieder Beschlüsse gefasst, welche unser aller Lebenswirklichkeit mal zum Positiven, aber viel zu oft zum Negativen verändern.

Daher werden wir nun noch stärker darauf setzen, die Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick mittels Zeitungen und Flugblättern direkt zu informieren und so die politischen Entwicklungen im Bezirk transparent zu machen. Denn wenn die Altparteien eine Sache wirklich scheuen, dann diejenige, dass offengelegt wird, welche parteitaktischen Spielchen zum direkten Schaden der Menschen in unserem Bezirk schon auf kommunaler Ebene an den Tag gelegt werden.

IHR ALEXANDER BERTRAM
FRAKTIONSVORSITZENDER



BLAUER BOTE TREPTOW-KÖPENICK

Für Leben im toten Winkel

Trixi-Spiegel statt Warte-Trittbretter

16:52

Grünes Kuriositätenkabinett

online

Hast du schon gelesen?

Die derzeit unglaublich angesagte Modepartei Bündnis90/ Die Grünen kommt nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Kommunalebene auf abenteuerliche und mittelalterliche Ideen! Im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung der E-Auto-Fabrik von Tesla in Grünheide schlagen die GrünInnen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick doch tatsächlich vor, dass bei der „Anbindung an das neue Industriegebiet“ der „Aus- und Neubau von Straßen für den Kfz-Verkehr [...] vermieden werden“ sollte. Wissen die Grünen womöglich gar nicht, was da in Grünheide produziert werden soll? Kuckuckshühner sind es jedenfalls nicht...



Andreas Klupsch

Ähnlich verrückt ist der Radweg Adlgestell/Grünau in Richtung BER! Der fängt irgendwo im Nichts an und endet genau dort. Und er ist extra breit! 😊
Jeder Fernreisende möchte in Zukunft bestimmt unbedingt mit dem Fahrrad zum Flughafen fahren, um dort vom Fahrrad direkt in den Flieger umzusteigen!

Schöne neue grüne
Welt! 🌍

Foto: stock.adobe.com, blend11, photo

Die AfD-Fraktion Treptow-Köpenick hat das Bezirksamt im Rahmen eines BVV-Antrages ersucht, an allen großen Ampelkreuzungen, an denen aufgrund von regelmäßigem Lkw- und Busverkehr Abbiegeunfälle entstehen können, sogenannte „Trixi-Spiegel“ anzubringen.

Das Prinzip ist einfach: Ein gewölbter Spiegel erlaubt ein Sichtfeld von ca. 100°. Er wird beispielsweise an einer Ampel oder neben einem Verkehrszeichen an der Kreuzung montiert. Der dort stehende Lkw-, Bus- oder Pkw-Fahrer sieht dadurch nicht nur sich selbst im Spiegel, sondern auch den Bereich vor und rechts neben sich, d. h. auch Personen, Radler, Kinderwagen oder Rollstuhlfahrer. Der tote Winkel wird dadurch einsehbar. So ist sichergestellt, dass insbesondere Lkw-Fahrer keinen Blindstart machen müssen.

Die „Trixi-Spiegel“ sind kostengünstig. Die Materialkosten pro Spiegel liegen bei 85-110 Euro. Übergangsweise sind sie eine sinnvolle Ergänzung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Denn für Lkw, Busse und Lieferwagen werden ab 2022 Abbiegeassistenten in allen Neufahrzeugen zur Pflicht; für die anderen Fahrzeuge ab 2024. Eine Nachrüstpflicht für ältere Fahrzeuge ist ungewiss.

Viel teurer wären übrigens „Warte-Trittbretter“ für Radfahrer an Kreuzungen, mit denen grüne und linke Parteien aktuell unsere Innenstädte „verschönern“ möchten. Schätzungen zufolge liegen die Kosten für diesen neusten links-grünen Spleen bei 3500 Euro pro Stück. Im Gegensatz zu „Trixi-Spiegeln“,

deren Sinnhaftigkeit auf der Hand liegt, können wir uns alle Sinn und Zweck dieser tollen „Warte-Trittbretter“ herbeiphantasieren.

Die positiven Erfahrungswerte überall dort, wo „Trixi-Spiegel“ eingesetzt werden, sind eindeutig. Neben Städten in den Niederlanden und der Schweiz sind dies in Deutschland z. B. Freiburg, Münster, Göttingen, Osnabrück, Oldenburg, Dachau, Fürstfeldbruck, München und Brandenburg an der Havel. Warum also nicht auch hier in Treptow-Köpenick?!

Unser Antrag wurde – wie üblich – von einem Gremium ins nächste überwiesen; und dann wieder zurück. So versuchen die Altparteien, unsere konstruktive Politik zu schikanieren und auf die lange Bank zu schieben! Die Bezirksverordneten von CDU, FDP, SPD, Grünen und Linken stimmten schließlich gegen den Einsatz der bewährten „Trixi-Spiegel“. Sie sind also bereit, Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer aus rein parteitaktischen und ideologischen Gründen abzulehnen!

Die AfD-Fraktion wäre sogar bereit, die Kosten für die ersten beiden Spiegel als Testphase aus eigenen Privatmitteln zu finanzieren, um auf diese Weise die Bezirkshaushaltskasse zu entlasten.

Uns ist es in jedem Falle wichtig, unsere eigene Arbeit transparent zu machen und die Haltung der anderen Parteien zu verdeutlichen. Am Ende des Tages entscheiden Sie beim Wahlgang im September, liebe Leser!

~SCHLEINITZ

Schulbau-Chaos in Treptow-Köpenick

Schüler, Eltern und Lehrer zahlen die Zeche für jahrelange Versäumnisse



Fotos: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

Die Schulpolitik ist das stiefmütterlich vernachlässigte Sorgenkind im ohnehin schlecht regierten Berlin. Die Berliner Bildungsmisere hat die SPD seit nunmehr 25 Jahren zu verantworten. Sie hangelt sich von einem ideologischen Bildungsexperiment zum nächsten: Inklusion ohne zusätzliches Personal, jahrgangübergreifendes Lernen und Lesen nach Gehör gehören zu den ideologischen Abenteuern der SPD, die mehr Schaden als Nutzen verursacht haben und weitestgehend rückgängig gemacht werden mussten.

Dabei fehlt es an ganz anderen Stellen, am Grundsätzlichen: Gebäude und Personal. Seit geraumer Zeit bröckelt die Substanz unserer Schulen. Gebäude müssen dringend erneuert werden. Unterricht findet notdürftig in Containern statt. Schultoiletten und -hygiene sind ein chronischer Dauerbrenner im „Arm-aber-sexy-Bundesland-Berlin“. Lehrer stöhnen unter den Bildungsabenteuern der SPD und der damit verbundenen Bürokratie. Eltern staunen über chaotische Zustände und Überforderung an allen Ecken und Enden. Und die Leistungen – und damit die Chancen unserer Kinder – sinken ungebremst im föderalen Vergleich. Gerechtfertigt ist die Bildungspolitik der SPD sicherlich nicht!

Auch in unserem Bezirk müssen Schulgebäude dringend neu gebaut oder saniert werden. Dies führt mitunter zu chaotischen Zuständen! Ein wahnsinniger Eiertanz dreht sich aktuell um die Wendenschloß-Grundschule und die Müggelschloßchen-Grundschule. Da eine Vollsanierung der Wendenschloß-Grundschule notwendig ist, wird seit

geraumer Zeit händierend nach Ausweichstandorten gesucht. Alle Schulen in der unmittelbaren Umgebung seien sanierungsbedürftig, so das ratlose Fazit des Bezirksamtes. Obwohl der Standort der Müggelschloßchen-Grundschule selbst sanierungsbedürftig ist, wurde er zunächst notdürftig als Interimsstandort für die Schüler der Wendenschloß-Schule benannt.

Man fragt sich, ob all diese Dinge nicht schon vor 10 oder 15 Jahren abzusehen waren und warum nicht viel früher gehandelt worden ist.

Diese Verlegenheitslösung führte verständlicherweise zu großen Irritationen und zum Protest quasi aller Beteiligten. Ein Bus-Shuttle müsste die Schüler der Wendenschloß-Schule täglich zum Ausweichstandort bringen, so lautet zumindest der Plan. Schulleitungen und Elternvertreter sind zurecht genervt vom Hin und Her und der damit verbundenen Planungsunsicherheit. Veränderungen seien immer

schwierig, das ist die wenig tröstende Botschaft des Bezirksamtes. Sie erinnert ein wenig an Merkel-Sprech.

Veränderungen seien immer schwierig, das ist die wenig tröstende Botschaft des Bezirksamtes.

Ein kompletter Schulneubau würde zehn Jahre dauern und 35 Millionen Euro kosten, so der Hinweis des Bezirksamtes. Man fragt sich, ob all diese Dinge nicht schon vor 10 oder 15 Jahren abzusehen waren und warum nicht viel früher gehandelt worden ist.

Unzufriedenheit gibt es auch im Zusammenhang mit sogenannten MEBs, das sind Schulen mit „modularem Ergänzungsbau“. Davon betroffen sind die Schule an der Köllnischen Vorstadt, die Müggelheimer Grundschule, die Sophie-Brahe-Schule und die Schule am Heidekrampgraben. Über die Schönheit der MEBs lässt sich streiten. Vor allem stören sich Eltern und Schüler aber daran, dass Schulhöfe und die Natur ringsherum traurigerweise mit MEBs zugestrichelt werden. Die Grundschule am Pegasussee musste in Container umziehen. Auch das ist für die betroffenen Schüler, Lehrer und Eltern sicherlich nicht der Gipfel der Gefühle!

~JOHANNES RACKOW

Mehr (Direkt-) Demokratie wagen!

Echte Mitentscheidung statt scheinheiliger Bürgerbeteiligung



Foto: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

Durch einen Volksentscheid ist es Großbritannien gelungen, sich erfolgreich von der EU zu befreien und sein Schicksal dadurch nicht den Brüsseler Beglückungsbürokraten zu überlassen. In der Schweiz gehört die Direktdemokratie schon lange zur politischen Kultur und zum freiheitlichen Selbstverständnis des Landes.

In Deutschland hingegen betrachten Vertreter der Altparteien direktdemokratische Elemente mit Argwohn. Unseren Bürgern wird seit Jahrzehnten von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken „fürsorglich“ die Kompetenz abgesprochen, über wichtige politische Entscheidungen befinden zu können.

Volksentscheide wurden in Berlin im Laufe der Jahre zwar halbherzig eingeführt. Dass es sich dabei aber um peinliche Schaufensterpolitik handelte, hat insbesondere die dreiste Ablehnung des Volkswillens durch die Regierungsparteien in Berlin unter Beweis gestellt. Nach dem erfolgreichen Volksentscheid zur Aufrechterhaltung des Flugbetriebs in Berlin-Tegel 2017 wurde dieses Votum anschließend von den Senatsparteien süffisant übergangen.

Eine rechtliche Verbindlichkeit hatte man der gesetzlichen Architektur der Berliner Volksentscheide vorsorglich vorab entzogen.

Je weniger Bundestag und Landesparlamente zu sagen haben, desto mehr möchte der deutsche Nanny-Staat seine Bürger an die Hand nehmen, um sie großzügig von seiner politischen Schönheit und ideologischen Alternativlosigkeit zu überzeugen.

Und so ist es wahrscheinlich kein Zufall, dass zu einer Zeit, in der Demokratie, Freiheit und Bürgerrechte durch staatliche Lockdown-Willkür und Kompetenzverlagerung nach Brüssel hochgradig gefährdet sind, „Partizipation“, „Inklusion“ und „Bürgerbeteiligung“ als schillernde Modebegriffe permanent durchs politisch-mediale Dorf gejagt werden. Je weniger Bundestag und Landesparlamente

zu sagen haben, desto mehr möchte der deutsche Nanny-Staat seine Bürger an die Hand nehmen, um sie großzügig von seiner politischen Schönheit und ideologischen Alternativlosigkeit zu überzeugen.

Vor diesem Hintergrund sind die sogenannten „Leitlinien zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern für Treptow-Köpenick“ zu verstehen, die im Auftrage des Bezirksamtes Treptow-Köpenick und in Kooperation mit dem Berliner Senat zwischen Oktober 2018 und März 2019 in insgesamt zehn Veranstaltungen entworfen worden sind. Dieses vollmundige politische Versprechen wurde der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Treptow-Köpenick und deren Ausschüssen kürzlich präsentiert.

Bereits auf der zehnten Seite der in ein auffallend kindliches Layout eingebetteten Broschüre entblößt sich der Papiertiger mit entwaffnender Ehrlichkeit. Dort ist auf einmal nur noch von „Leitlinien für informelle Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Treptow-Köpenick“ die Rede. Man zieht sich also geschickt aus der Affäre, indem man recht-



liche Verbindlichkeiten der ansonsten natürlich großzügigen Bürgerbeteiligungsprozesse von vornherein ausschließt. Das Pamphlet erteilt Auskunft darüber, dass auf „Planungsprozesse, soweit deren Beteiligungen gesetzlich geregelt sind“, kein Einfluss genommen werden könne (S. 13). Im selben Atemzug wird zugegeben, dass „sich die Leitlinien nicht auf Vorhaben des Bundes oder anderer Vorhabenträger“ beziehen können (S. 13). Die Kastration des Papiertigers wird mit dem Eingeständnis perfektioniert, dass „private Bauvorhaben [...] nicht den bezirklichen Leitlinien [unterliegen]“ (S. 13).

Eine rechtliche Verbindlichkeit hatte man der gesetzlichen Architektur der Berliner Volksentscheide vorsorglich vorab entzogen.

Viel Lärm um Nichts? Es soll an dieser Stelle zumindest anerkannt werden, dass sich die Beteiligten Gedanken zum Thema gemacht und intensiv ausgetauscht haben. Wir erfahren zwar nicht viel Konkretes. Immerhin wird erklärt, dass sich die Leitlinien „in erster Linie auf alle Bau- bzw. Investitionsvorhaben des Bezirksamtes“ beziehen sollen (S. 12). Ob und inwieweit die Bewohner unseres Bezirkes tatsächlich in Bauvorhaben etwa im Rahmen der Nachverdichtung miteinbezogen werden, wird die Zukunft allerdings erst noch unter Beweis stellen. Außerdem soll eine Anlaufstelle eingerichtet werden: das „Büro für Bürger/innenbeteiligung“ (S. 27). Ob diese Stelle ihrer intendierten „Lotsenfunktion“ tatsächlich gerecht wird oder ob es sich dabei nur um einen politischen Versorgungsposten handelt, werden wir sehen (S. 27). Schließlich ist eine „Vorhabenliste“ geplant, „die im Internet [...] und in gedruckter Form verfügbar sein soll“ (S. 28). Na gut!

Interessant sind vor allen Dingen Sprache und Stil der wohlmeinenden Broschüre. Im Ausschuss für Weiterbildung und Kultur musste selbst Peter Groos (SPD) – seines Zeichens Vorsteher der BVV – konstatieren, dass das vorliegende Papierwerk viele Floskeln enthielte. Schon im Vorwort geht es krachend los mit der politischen Leerformel unserer Zeit: „Der Bezirk Treptow-Köpenick ist vielfältig [...]“ (S. 3). So what? Und es wird hinzugefügt: „Genauso divers sind auch Treptow-Köpenicks Gesichter.“ (S. 3) Aha! Tell me more...

Das fünfte Kapitel schmückt folgender Titel: „Viele Verschiedene beteiligen“ (S. 20). Es wird allerdings nicht spezifiziert, was wir uns unter diesen „Verschiedenen“ nun genau vorstellen dürfen: Pinguine vielleicht, oder Nashörner??!!

Besonders ins Auge fallen die Banalitäten und Selbstverständlichkeiten, die in einem fort – passend zum kindlich verzierten Design – siegessicher ausposaunt werden. So heißt es im ersten Satz der Präambel: „Öffentliche Vorhaben haben Auswirkungen auf die unmittelbare Lebenswelt der Menschen und auf deren Lebensqualität“ (S. 12). Ach was?! Wer würde dem nicht zustimmen?! Im Kapitel „Gut miteinander umgehen“ werden die Punkte „Ehrlichkeit gewährleisten“, „Verbindlichkeit herstellen“ und „Zusagen einhalten“ zärtlich vorgetragen, als hätte die Menschheit vor Erstellung der „Leitlinien“ noch nie etwas davon gehört. Auch folgende Erkenntnis hat endlich Klarheit in das Leben sämtlicher erwachsener Leser der „Leitlinien“ gebracht: „Die frühzeitige Bereitstellung der Informationen bedeutet vor allem, dass diese rechtzeitig erfolgen muss“ (S. 19). An anderer Stelle wird blumig erläutert, dass die Erarbeitung der Leitlinien dazu diene, Partizipationsprozesse „anzuregen, zu vertiefen, zu verbessern und zu stärken“ (S. 6). Was man mit einem Verb ausreichend beschreiben könnte, kann man natürlich auch dreimal wiederholen, wenn es einem beliebt!

In Deutschland wird unseren Bürgern seit Jahrzehnten von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linken „fürsorglich“ die Kompetenz abgesprochen

Zu den Stilblüten der Broschüre zählen überdies trendige Wortgirlanden aus dem modernen Reich der Organisation und des Managements. Es ist die Rede von „Prognose-raumworkshops“, einem „Verwaltungsworkshop“ und einer „Filterveranstaltung“ (S. 7). Wir sind dabei! Be Berlin! Es hat uns keinesfalls überrascht, dass auch in diesem Papier Gerechtigkeit auf Erden nur durch gendersprachkosmetische Eingriffe zu erreichen ist. Dementsprechend lächeln uns „Bauherren und Bauherrinnen“ sympathisch zwangsgleichgestellt aus den Textzeilen entgegen (S. 13). Wir wären alle todtraurig, wenn das nicht so wäre!

Passend zum politischen Zeitgeist und ganz im Widerspruch zu einer echten Bürgerbeteiligung ist die Perfidie, mithilfe derer den

Bürgern unseres Bezirkes Willensabsichten unterstellt und Worte in den Mund gelegt werden, ohne dass sie jemals zuvor gefragt worden wären! So heißt es etwa: „Treptow-Köpenick möchte seine kulturelle Vielfalt stärken“ (S. 21). Sind wir diesbezüglich eigentlich jemals gefragt worden? Dürfen wir tatsächlich mitbestimmen, was unter „kultureller Vielfalt“ zu verstehen ist und wo ihre Grenzen verlaufen? Dürfen wir mitbestimmen, wie und mit wem wir zusammenleben möchten; und mit wem nicht?! Pustekuchen!

Und so wird dann – ebenfalls unterstellend, aber auch erhellend – postuliert, dass „Beteiligung [...] von Gesellschaft und Politik eingefordert“ werden würde (S. 14). Womöglich ist die Form der Bürgerbeteiligung, die rote und grüne Parteien sich wünschen, aber gar nicht im Sinne vieler Menschen in unserem Bezirk! Womöglich wollen viele Bürger gar nicht von den Regierenden um den Finger gewickelt werden? Womöglich wünschen sich viele Menschen vor allem, frei zu sein von politischer Zwangsbeglückung!

Eine echte Weiterentwicklung unserer Demokratie wäre derweil nur durch mehr Mitsprache des Volkes bei relevanten politischen Entscheidungen zu erreichen.

Und diejenigen, die sich politisch engagieren, tun das doch in der Regel von sich aus; aus freien Stücken. Wir leben doch in einer Zeit, die geprägt ist von mutiger politischer Eigeninitiative und vom frischen Wind der Bürgerbewegungen. Und wer sich in Parteien engagieren möchte, kann dies jederzeit tun.

Eine echte Weiterentwicklung unserer Demokratie wäre derweil nur durch mehr Mitsprache des Volkes bei relevanten politischen Entscheidungen zu erreichen. Vor Direktdemokratie fürchten sich die Altparteien allerdings wie die Maus vor der Katz'. Wir fürchten uns nicht!

Die AfD ist mit der Forderung nach echter Direktdemokratie in die politische Arena eingezogen. Und wir kämpfen weiter dafür! Die Zukunft unseres Landes darf nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werden!

~JOHANNES RACKOW



Dauerbaustelle am Bohnsdorfer Kreisel

Gutachten des Bezirksamtes berücksichtigt weder zukünftige Entwicklung noch Bürgerwillen und BVV-Beschluss



Fotos: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

Anwohner und Gewerbetreibende fragen sich schon seit Langem, wann und wie der Bohnsdorfer Kreisel fertiggestellt werden wird. Von Beginn an zeigte sich auch auf dieser Dauerbaustelle das Unvermögen der Altparteien-Politik, die sich zwar immer so bürgernah gibt, aber nicht bereit ist, den Bürgerwillen auch tatsächlich umzusetzen!

Bereits 2016 gab es einen Einwohnerantrag mit ca. 4000 Unterschriften, der sich klar dafür aussprach, den bewährten Einbahnstraßenverkehr um die „Taut Passage“ auch zukünftig beizubehalten. Im Mai 2017 wurde der Einwohnerantrag von einer breiten Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) unterstützt und das Bezirksamt aufgefordert, den Antrag im Falle von Baumaßnahmen zu berücksichtigen.

Inwieweit das Gutachten aussagekräftig für die zukünftige Verkehrsentwicklung an diesem Ort ist, bleibt zweifelhaft.

Die Verantwortlichen im Bezirk hatten aber im Laufe der Zeit offenbar ganz andere Pläne und waren nicht bereit, den Bürgerwillen und den BVV-Beschluss zu beherzigen! Stattdessen wurde ein Verkehrsgutachten beauftragt,



welches zu dem Schluss kam, dass ein Zweirichtungsverkehr vorteilhafter sein könnte. Inwieweit dieses Gutachten aber aussagekräftig für die zukünftige Verkehrsentwicklung an diesem Ort ist, bleibt zweifelhaft. Die Eröffnung des Hauptstadtflughafens BER sowie zahlreiche Wohnungsneubauprojekte in unmittelbarer Nähe wurden in dem Gutachten beispielsweise gar nicht berücksichtigt.

Einige Unterstützer des Einwohnerantrages – etwa die Leitung „Taut Passagen“ – und einige andere Anwohner haben sich leider von dem unzureichenden Gutachten und den dünnen Argumenten der im Bezirk verantwortlichen Politiker um den Finger wickeln lassen und plädieren nun auch für einen Zweirichtungsverkehr. Das momentane und noch zu erwartende Staugeschehen im Umfeld des Bohnsdorfer

Kreisels sowie der Wille der Mehrzahl der Betroffenen veranlasst aber die AfD-Fraktion, weiter an dem BVV-Beschluss für den bewährten Einbahnstraßenverkehr festzuhalten!

Bei der viel beschworenen „Bürgerbeteiligung“ handelt es sich in Wirklichkeit nur um ein Lippenbekenntnis.

Die erste und die zweite Bauphase werden voraussichtlich im Frühjahr 2021 abgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an soll dann gegen den Bürgerwillen und den BVV-Beschluss die Richterstraße in Richtung Bohnsdorf im Zweirichtungsverkehr befahren werden. Der dritte und somit letzte Bauabschnitt werden anschließend begonnen. Fahrbahnen und Gehwege müssen in diesem Zusammenhang in der Bruno-Taust-Straße aufwendig ausgebaut werden. Zusätzlich müssen Tiefbaumaßnahmen der Berliner Wasserbetriebe stattfinden. Die endgültige Fertigstellung ist für das Frühjahr 2022 geplant.

Hier zeigt sich einmal mehr, dass es sich bei der viel beschworenen „Bürgerbeteiligung“ in Wirklichkeit nur um ein Lippenbekenntnis der Altparteien handelt! Die AfD-Fraktion nimmt die Befindlichkeiten der Bürger vor Ort ernst und lehnt eigenwillige staatliche Vorgehensweisen ab.

~KLUPSCH



FRAKTION
TREPTOW-KÖPENICK



Eine neue Brücke nach Oberschöneeweide

**Ideen und Konzepte stehen –
die Umsetzung scheitert**

Seit 2007 gibt es Ideen und Konzepte für eine neue Brücke über die Spree. Sie soll die Wilhelminenhofstraße in Oberschöneeweide mit der Schnellerstraße in Niederschöneeweide verbinden.

Damals waren sich alle Beteiligten einig darüber, dass der Brückenneubau dringend notwendig für den ersten Abschnitt der Süd-Ost-Verbindung sei, und angesichts des enormen Zulaufs, den die HTW verzeichnete, hochgradig sinnvoll wäre.

Berlin hatte aber damals nach Aussage des Senats kein Geld und kein Personal, um solch ein Projekt zu stemmen. Die Bezirksverordneten in Treptow-Köpenick machten 2009 und 2016 also noch einmal Druck und forderten das Bezirksamt zum Handeln auf. Gebaut wurde seitdem nichts!

Nun hat ein Investor das ehemalige SAMSUNG-Gelände erworben und möchte dort Büro- und Geschäftshäuser errichten. Es sollen 10.000 Arbeitsplätze – vornehmlich in der Start-up-Branche – entstehen. Vor diesem Hintergrund sind vom Investor Parkplätze für Pkw und Tiefgaragenparkplätze eingeplant. Selbstverständlich ist an dem neuen Wirtschaftsstandort auch mit Lieferverkehr zu rechnen. Ein entsprechendes Verkehrskonzept hat der Investor bereits vorgelegt, und wäre sogar bereit, die Brücke zu finanzieren. Der Bezirk könnte eigentlich dankbar sein – doch weit gefehlt!

Das Bezirksamt macht nun einen plötzlichen Rückzieher und möchte auf einmal gar keine Brücke mehr haben; zumindest keine, über die Autos fahren. Auf Nachfrage der AfD-Fraktion bestätigte auch das Regionalmanagement am 03.03.2021 in der 43. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Bürgerdienste – an dem auch der Bezirksbürgermeister Oliver Igel teilnahm – die dringende Notwendigkeit einer Autobrücke. Das Bezirksamt sieht seine Rolle lieber darin, dem Investor noch ein paar Steine in Form von Denkmal- und Bauvorschriften in den Weg zu legen.

Die AfD-Fraktion spricht sich eindeutig für eine Brücke aus, die Autos, Radfahrern und Fußgängern eine Überquerung der Spree ermöglicht. Sie würde die gesamte Verkehrsarchitektur an diesem neuralgischen Punkt entlasten. Wir plädieren für eine rasche Umsetzung des gesamten Bauvorhabens auf dem SAMSUNG-Gelände.

~KLUPSCH

Volksfeste in unserem Bezirk wiederbeleben

**Wir wollen Köpenicker Sommer und Treptower Hafenfest wie
sie früher einmal waren!**



Foto: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

In unserem Bezirk haben Volksfeste eine lange Tradition und erfreuen sich großer Beliebtheit, insbesondere bei Menschen, die seit Jahrzehnten in Treptow oder Köpenick wohnen. Nicht erst seit den unverhältnismäßigen „Corona-Lockdowns“ ist in unserem Bezirk aber leider eine stetige Ausdünnung der heimatischen Gebräuche festzustellen. Alteingesessene erzählen immer wieder von Zeiten, zu denen der Köpenicker Sommer und all die anderen Volksfeste viel größer und prächtiger in Erscheinung traten. Offenbar drohen Heimatlosigkeit, Beliebigkeit und Gleichgültigkeit aus den verwahrlosten Nachbarbezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln nach Treptow-Köpenick überzuschwappen. Das wollen die allermeisten Treptow-Köpenicker aber nicht. Nur eine beherzte, kultur- und heimatbewusste Politik kann diesen Entwicklungen Einhalt gebieten!

Eines dieser traditionsreichen Volksfeste war das Treptower Hafenfest. Im Laufe der Jahre hatte das Fest leider seinen ursprünglichen Charakter verloren. Von den Verantwortlichen des Bezirks ist es stiefmütterlich behandelt worden. Es hatte sich immer mehr zu einem trostlosen Trinkgelage entwickelt. Die Vermüllung der Grünflächen und das Urinieren am S-Bahnhof gehörten leider zum kläglichen Erscheinungsbild der Veranstaltung.

Daher haben wir uns in einem BVV-Antrag der liebevollen Renaissance des Treptower Hafenfestes gewidmet. Hier soll wieder eine niveauvolle Flaniermeile entstehen, die sowohl Besucher anzieht und begeistert als auch den wirtschaftlich schwer gebeutelten Schaustellern und Gewerbetreibenden ein Comeback ermöglicht. Zur Zielgruppe des Festes gehören Familien mit Kindern, Anwohner aus dem Kiez und Ausflugs Gäste, die mit dem Spree-Dampfer

dazukommen. Im Rahmen unseres Antrages stellen wir in Aussicht, die Akteure des Spreeparks und die Stern- und Kreisschiffahrt miteinzubeziehen. Das Projekt soll außerdem in Einklang mit dem Betriebskonzept der Grün Berlin GmbH gebracht werden. Wir können uns eine Ausweitung der Hafenfestmeile bis zur Bulgarischen Straße hin vorstellen, damit es für die Besucher nur ein Katzensprung bis zum neu gestalteten Spreepark mit Eierhäuschen und der Werkstattbühne ist.

Da der Spreepark ohnehin von der Grün Berlin GmbH als Veranstaltungsort für Künstler genutzt wird, wäre ein einwöchiges Hafenfest auf der vollen Länge des Uferweges bis zur Bulgarischen Straße im Sommer eine sinnvolle Ergänzung zum neuen Spreeparkgelände und eine unterhaltsame Bereicherung für alle Gäste.

~LORENZ



Allende-Viertel retten – Nachverdichtung stoppen!

Die Bürger werden vor vollendete Tatsachen gestellt und ihre Sorgen ignoriert



Fotos: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

Bei der Nachverdichtung geht es nicht nur um den Lückenschluss von Häuserzeilen oder die Aufstockung von Bestandsbauten, sondern leider auch um die Bebauung von Innenhöfen und Randflächen in gewachsenen Wohnquartieren. Wenn dies auch noch ohne Bebauungsplan und ohne Bürgerbeteiligung durchgedrückt werden soll, läuten bei vielen Anwohnern zu Recht die Alarmglocken!

Massive Proteste von Anwohnern sind die Konsequenz, insbesondere wenn Grünflächen und Parkplätze dem Wohnungsbau geopfert werden sollen, wie man etwa bei Vorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften in Spindlersfeld oder im Kietzer Feld sehen kann.

Nun droht auch in der Großsiedlung Allende-Viertel eine nicht geplante Nachverdichtung mit unabsehbaren Folgen für das Quartier. Mit dem Neubau einer modularen Unterkunft für Flüchtlinge (MUF) an der Salvador-Allende-Straße ist schon eine ganz erhebliche Verdichtung im Allende-Viertel verbunden. Bis zu 460 Bewohner werden dort erwartet, die die lokale Infrastruktur auf die Probe stellen werden. Schon die bunkerartige Architektur der drei Betonklötze ist eine Zumutung. Die Bürger wurden hier vor vollendete Tatsachen gestellt.

Und jetzt plant eine Genossenschaft auf einem großen Mieterparkplatz an der Salvador-Allende-Straße zwei 5- und 6-geschossige Neubauten mit bis zu 80 Wohneinheiten. Der Baustadtrat sieht kein Planungserfordernis und will ohne B-Plan einfach bauen lassen. Dadurch werden die Bürger des Allende-Viertels nicht an der Planung beteiligt. Und auch wir Bezirksverordnete haben – anders als bei Bebauungsplänen – kein Mitspracherecht.

Die AfD-Fraktion nimmt das nicht einfach widerspruchslos hin! Ja, wir brauchen



Auf diesem Parkplatz sollen zwei sechsgeschossige Häuser mit 80 Wohnungen entstehen.

Wohnungen in Berlin; aber nicht um jeden Preis und nicht an jedem Ort, und schon gar nicht gegen den Willen der Bürger! Insbesondere wenn gewachsene Wohnquartiere durch Wohnungsneubau verändert werden sollen, geht das erfolgreich nur gemeinsam mit den Bürgern. Treptow-Köpenick ist schon Wohnungsbaumeister in Berlin. Und wir wissen, dass die notwendige Infrastruktur nicht in dem Maße mitwächst, wie es der Wohnungsneubau eigentlich erfordert. Deshalb setzt sich die AfD-Fraktion vehement dafür ein, dass vor dem Wohnungsbau zuerst die notwendige Infrastruktur geschaffen wird.

Gerade in einer Großsiedlung wie dem Allende-Viertel gilt ein Beteiligungserfordernis.

Denn für dieses Viertel hatte die BVV Köpenick schon einmal eine Planung beschlossen. So gab es Anfang der 90er-Jahre ein umfangreiches Beiratsverfahren, in dem die zukünftigen Planungen für das Allende-Viertel I unter Einbeziehung der Bürger abgestimmt wurden. Im Ergebnis des Beiratsverfahrens standen umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds, u.a. die Schaffung der großen Parkplätze an der Ostseite, von denen einer nun bebaut werden soll. Und es bestand Einigkeit, dass kein Wohnungsneubau erfolgen sollte: kein Wohnungsneubau!

Deshalb wundert es sehr, wenn jetzt einzelne Akteure des Beiratsverfahrens – wie die Genossenschaft – sich an die damaligen Vereinbarungen nicht mehr gebunden fühlen. Die Anwohner wurden von den Plänen der Genossenschaft völlig überrascht und laufen dagegen Sturm. Bisher haben schon mehr als 500 Anwohner ihre Ablehnung des Vorhabens bekundet.

Ja, wir brauchen Wohnungen in Berlin – aber nicht um jeden Preis und nicht an jedem Ort, und schon gar nicht gegen den Willen der Bürger!

Mit dem bisherigen Verhalten des Bezirksamtes zu dem Vorhaben der Nachverdichtung werden die Ergebnisse des Beiratsverfahrens jedenfalls konterkariert, was einen Schlag ins Gesicht aller engagierten Bürgerinnen und Bürger darstellt! Keinesfalls darf das einfach hingenommen werden, weil dadurch der wilden Nachverdichtung im Allende-Viertel ohne Beteiligung der Bürger und ohne Beteiligung der BVV Tür und Tor geöffnet würde. Es wäre ein Dammbbruch für weitere Vorhaben dieser Art. Deshalb darf sich die BVV das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen!

Die AfD-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die BVV ihre Planungshoheit und ihre Planungsverantwortung wahrnimmt und gemeinsam mit den Bürgern und weiteren Beteiligten überlegt, ob und wie das Allende-Viertel weiterentwickelt werden kann.

~DENIS HENKEL

Wir haben alles im Griff

Dienstleistungen zur Gesunderhaltung unserer Bürger erweitern

Als Bezirksstadtrat für Gesundheit und Umwelt bin ich tagtäglich in viele Belange eingebunden, verteile Aufgaben und treffe Entscheidungen. In jeden Entscheidungsprozess binde ich meine fachkompetenten Mitarbeiter auf allen Ebenen ein. Seit viereinhalb Jahren mache ich mir mit meinen Kollegen im Gesundheitsamt Gedanken über die bestmöglichen Dienstleistungen zur Gesunderhaltung unserer Bürger und über notwendige präventive Maßnahmen zum Gesundheitsschutz. Dies gelingt nur mit einem motivierten und engagierten Team.

Mein Gesundheitsamt habe ich mit ca. 85 Mitarbeitern übernommen und Schritt für Schritt auf ca. 140 Mitarbeiter ausgebaut. In allen Fachbereichen wurde kompetent verstärkt, und dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen. In den letzten Wochen konnten wir unsere IT- Ausstattung deutlich verbessern und somit die Rahmenbedingungen für modernere Arbeitsplätze schaffen.

In allen Fachbereichen wurde das Personal kompetent verstärkt, und dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen.

Mein aktuelles Vorhaben dreht sich um die Neuorganisation und Trennung der in Berlin zusammengefassten Tätigkeiten und Verantwortungen des Amtsarztes für die Bereiche Verwaltung und medizinische Entschei-



Bezirksstadtrat Bernd Geschanowski, AfD, berichtet an dieser Stelle regelmäßig aus der Abteilung Gesundheit und Umwelt im Bezirksamt Treptow-Köpenick

dungen. Wir benötigen hierfür Spezialisten, die sich auf ihre Aufgaben fachlich-medizinisch und verwaltungstechnisch konzentrieren können.

Aus diesem Grund richte ich im Gesundheitsamt Treptow- Köpenick gerade nach Vorbild einer Klinik zwei neue Stellen in der Führungsebene ein. Hierbei geht es um eine weitere Optimierung der unterschiedlichen Aufgabenbereiche. Durch die Trennung von Amtsarzt und Amtsleitung wird unser zukünftiger Amtsarzt entlastet und kann sich auf die wichtigen medizinischen Belange und Entwicklungen konzentrieren. Die Amtsleitung hingegen bearbeitet die umfangreichen administrativen Aufgaben. Die Vorteile der neuen Struktur liegen auf der Hand.

**IHR BERND GESCHANOWSKI,
BEZIRKSTADTRAT FÜR GESUNDHEIT
UND UMWELT**

Über unsere vielfältigen Dienstleistungen und Angebote können Sie sich gerne hier Informieren:



[https://www.berlin.de/
ba-treptow-koepenick/politik-und-
verwaltung/aemter/
gesundheitsamt/](https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/aemter/gesundheitsamt/)

Neues Beratungsangebot des Gesundheitsamts im ONKO Zentrum Berlin



Foto: stock.adobe.com, Robert Kneschke

Auf meine Initiative hin wurden im Jahre 2020 Gespräche mit dem ONKO Zentrum Berlin (OZB) Campus Köpenick am Krankenhaus Köpenick geführt, die eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Gesundheitsamt und dem ONKO Zentrum vorsahen. Zielsetzung war die Einbindung der Beratungs- und Hilfsangebote des Gesundheitsamtes Treptow-Köpenick in das ONKO Zentrum. Das OZB war von Anfang an sehr an unseren Beratungsangeboten interessiert und hat es nun möglich gemacht, dass Mitarbeiter des Gesundheitsamtes direkt im OZB tätig sein können.

Für jeden einzelnen Betroffenen und auch die Angehörigen bedeutet eine Krebs-Diagnose den Beginn einer Zeit der Verunsicherung oder sogar Verzweiflung. Zahlreiche Fragen stehen im Raum: Warum ich? Wie geht es weiter? Was passiert nach meiner Behandlung und Therapie? Wo erhalte ich Hilfe?

Gespräche über die belastende Situation sind uns eine Herzensangelegenheit und keine Pflichtaufgabe. Unsere Sozialarbeiter – und demnächst auch eine Psychologin – beraten und begleiten die Patienten und deren Familien nicht nur zu sozialrechtlichen Themen. Auskünfte zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Selbsthilfegruppen, Gesundheitssport und Sonderfahrdiensten vervollständigen unser Beratungsangebot.

Mit diesem Service des Gesundheitsamtes – direkt am Standort des OZB – erhalten Sie eine umfangreiche Beratung und Hilfe in einer schweren Zeit.

~BERND GESCHANOWSKI

Verkehrschaos in Treptow-Köpenick überwinden

Staus zu Stoßzeiten belasten Anwohner und Geschäfte

Seit Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – ist zu beobachten, dass der Pendlerverkehr aus dem süd-östlichen Umland, aber auch aus den süd-östlichen Stadtbezirken, in Richtung Berliner Innenstadt/Stadtautobahn die Köpenicker Altstadt und die angrenzenden Wohngebiete aufgrund mangelnder Alternativen in ein Verkehrschaos stürzt!

Der gesamte Pendlerverkehr aus dem süd-östlichen Brandenburg quält sich durch zwei Nadelöhre an den S-Bahnhöfen Friedrichshagen und Rahnsdorf. Er vereinigt sich letztlich auf dem Fürstenwalder Damm, um dann über die Bahnhofstraße oder An der Wuhlheide in die Innenstadt zu gelangen. Hier herrscht morgens und abends kilometerlanger Stillstand! Die Staus zu den Stoßzeiten verwandeln die Wohngebiete um den Fürstenwalder Damm in Friedrichshagen/Hirschgarten und die Fürstenwalder Allee im Bereich Rahnsdorf/Wilhelmshagen in eine stehende Blechlawine.

Nicht besser sieht es im Ortskern von Erkner aus. Nach Fertigstellung der neuen Giga-Factory in Grünheide wird die Situation absehbar nicht besser werden. Weiter g(st)eht es dann zwischen Adlershof/Schöneweide und den Stadtautobahn-Anschlüssen im Bereich der Wista bzw. Johannisthal.

Die Attraktivität der Köpenicker Altstadt ist äußerst bescheiden, Stau auf allen Zufahrten, kein Platz zum Parken, und bei jedem Restaurantbesuch hat man immer die Blechlawine vor der Nase.

Die einzigen Verbindungsstraßen zwischen den Ortsteilen östlich und westlich der B96a führen über die Rudower Chaussee und den Sterndamm durch Brücken an den S-Bahnhöfen Adlershof bzw. Schöneweide hindurch. Bereits jetzt sind diese Verbindungen völlig überlastet. Die Staus zu den Stoßzeiten sind auch hier kilometerlang und belasten Anwohner und Geschäfte am Sterndamm, der Rudower Chaussee und der Dörpfeldstraße erheblich. Nach Fertigstellung großflächiger neuer Wohngebiete im Bereich des ehemaligen Flugfeldes Johannisthal drohen diese Nadelöhre absehbar auch im Verkehrschaos zu versinken.



Verkehrsfloss: A7a

Dieses tägliche Verkehrschaos tangiert rote und grüne Parteien weder in Treptow-Köpenick noch im Abgeordnetenhaus von Berlin – im Gegenteil! Dem linkspolitischen Hassobjekt Auto möchten die Altparteien möglichst viele Hindernisse in den Weg stellen!

Die AfD sieht das anders. Wir setzen auf vernünftige und intelligente Verkehrskonzepte, bei denen alle Verkehrsteilnehmer angemessen berücksichtigt werden. Hier geht es allerdings primär um lösungsorientierte und geschickte Straßenführungen zur Entlastung des Autoverkehrs, auf den Süd-Ost-Berliner und Brandenburger Familien mit schulpflichtigen Kindern, Berufstätige, Taxifahrer und Lieferanten so sehr angewiesen sind.

Um dem Verkehrschaos wirksam zu begegnen, benötigt es leistungsfähige Zubringer- und Durchgangsstraßen:

- *Adlgergestell / B96a, Flughafen-Zubringer*
- *Süd-Ost-Tangente mit Anbindung an B96a und Stadtautobahn*
- *Rhinstr. über Minna-Todenhagen-Brücke bis zum A100-Anschluss Südostallee*
- *Altstadt-Ring inkl. neuer Dahmebrücke*
- *Rummelsburger Landstraße / An der Wuhlheide*
- *Süd-Ost-Zubringer*

Sinn vernünftiger Verkehrsmaßnahmen muss sein, den Autoverkehr – vor allem den Durchgangs- und Zubringerverkehr – auf leistungsfähige Straßen zu konzentrieren, die einen

guten Verkehrsfluss realisieren können, und dadurch Wohn- und Nebenstraßen freizuhalten. Ergebnis wäre nicht nur ein spürbarer Abbau von Stau und Stillstand, sondern auch eine wesentliche Entlastung der Anwohner in den Wohngebieten.

Zur Umsetzung der Verkehrsentszerrung ist auch der Neubau von Straßen nötig.

Entlastung der Köpenicker Altstadt durch einen Altstadttring

Allein die katastrophale Entwicklung an der Allende-Brücke zeigt die Fehlplanung der Verwaltung des rot-rot-grünen Senates und des rot-roten Bezirksamtes von Treptow-Köpenick nur allzu deutlich. Die Brücke hatte eine seit Jahrzehnten bekannte, zum Verfall führende innere Struktur. Es ist kein Staatsgeheimnis gewesen, dass der verbaute Stahl irgendwann zur Erosion dieser Brückenkonstruktion führen würde.

Fahrlässiges Unterlassen und aktives Vereiteln von Alternativen führte zum allgemeinen Verkehrschaos.

Infolgedessen quälte sich der Gesamtverkehr zunächst über die einzig verbliebene Verbindung An der Wuhlheide, nach einseitiger Fertigstellung der Allendebrücke für die nächsten Jahre nur einspurig über ebendiese.

Aber nicht nur fahrlässiges Unterlassen führte zum allgemeinen Verkehrschaos, sondern auch aktives Vereiteln von Alternativen. So wurde der schon seit Jahrzehnten vorgehaltene Platz für eine Entlastungsbrücke direkt von der Ottomar-Geschke-Straße in Spindlersfeld über die Oberspree zur Köpenicker Bahnhofstraße förmlich zugebaut. Der Verkehrskatastrophe wurde sehenden Auges entgegengeblickt!

Die Attraktivität der Köpenicker Altstadt ist folgerichtig als äußerst bescheiden einzustufen: Stau auf allen Zufahrten, kein Platz zum Parken, und bei jedem Restaurantbesuch oder Altstadt-Bummel hat man immer die Blechlawine vor der Nase.

Das ginge auch anders! Warum nicht die Altstadt weiträumig umfahren, gleichzeitig den Anschluss zum Wohngebiet Wendenschloß verbessern und das Altstadtgebiet um den Zusammenfluss von Dahme und Spree zum attraktiven kulturellen Zentrum ausgestalten – ähnlich der Altstadt Spandau?!



Karte: OpenStreetMaps

Die AfD hat eine Streckenführung für die ringförmige Umfahrung der Altstadt entwickelt. Eine Brücke auf Höhe der Rohrwall-Insel würde mit Querung der Wendenschloßstraße einen südlichen Ringschluss zwischen (der schnellstens zu realisierenden) TVO/Glienicker Weg und Salvador-Allende-Straße schaffen, die die Altstadt komplett vom Durchgangsverkehr befreien würde und nebenbei einen vernünftigen Anschluss der immer größer werdenden Wohngebiete in Wendenschloß herstellen könnte. Bisher geht dieser über eine einzige – jetzt schon völlig überlastete – Kreuzung in der Altstadt.

Anbindung von Tesla an die Stadt und Verkehrsentlastung der südlichen Wohngebiete

Nicht nur der Altstadt-Bereich versinkt im Dauerstau. Der gesamte Pendlerverkehr aus dem süd-östlichen Brandenburg (Rüdersdorf, Woltersdorf, Schöneiche bis Grünheide, Fürstenwalde) muss in Erkner, am S-Bahnhof Rahnsdorf oder S-Friedrichshagen die Bahnanlagen unterqueren, um sich anschließend auf dem Fürstenwalder Damm zu vereinigen und dann über Bahnhofstraße und An der Wuhlheide in die Innenstadt zu kommen.

Die Fertigstellung der neuen Tesla Giga-Factory in Grünheide wird die Situation absehbar weiter verschärfen, da den dort Beschäftigten aus dem Berliner Raum nur die Route über Rahnsdorf zur Verfügung steht.

Die Fertigstellung der neuen Tesla Giga-Factory wird die Situation verschärfen.

Auch das muss nicht so bleiben, wenn nördlich der S-Bahn/RE-Strecke Köpenick-Erkner eine neue Straßenverbindung als Entlastungsstraße für die Wohngebiete Friedrichshagen/Hirschgarten, Rahnsdorf und Wilhelmshagen/Hessenwinkel errichtet würde. Durch das

Vorhandensein weitgehender Brachflächen und früherer Straßenführungen nördlich der Bahnlinie besteht die komfortable Möglichkeit, den Verkehr komplett an den Wohngebieten vorbeizuleiten, die Wohnqualität dort wieder erheblich anzuheben und gleichzeitig den Verkehrsfluss für Pendler erheblich zu verflüssigen.

In Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg kann eine direkte Verbindung zwischen Autobahnanschluss Erkner und der geplanten nördlichen Altstadtumfahrung am Bahnhof Köpenick über die Wuhlheide auf die TVO/Stadtautobahn realisiert werden. Der gesamte Wohnbereich des Bezirkes süd-östlich der Köpenicker Altstadt wäre damit vom Durchgangsverkehr entlastet. Die Straße verlief dabei ab S-Köpenick direkt nördlich der Bahnlinie über Brachflächen und bisherige Feldwege, am S-Bahnhof Hirschgarten vorbei bis S-Friedrichshagen. Von dort aus ginge es nördlich der Bahnlinie direkt neben den Gleisen weiter über bisherige Forststraßen und über S-Wilhelmshagen bis nach Erkner.

Den Anschluss durch Erkner entlang der Stadthalle, über Flakenfließ und Löcknitz bis an die Autobahnzufahrt würde das Land Brandenburg umsetzen.

Schaffung zusätzlicher Straßenverbindungen zum Adlgestell und Anbindung der neuen Wohngebiete im Bereich Wista-Johannisthal an die B96a

Das zügige Erreichen der Stadtautobahn ist für Berufstätige und Pendler aus Trep-tow-Köpenick elementar. Dies erfolgt mit Überquerung der B96a bzw. Unterquerung der Bahnlinie zwischen Adlershof/Schöne-weide und den Stadtautobahn-Anschlüssen im Bereich der Wista bzw. Johannisthal. Die einzigen Verbindungsstraßen zwischen den Ortsteilen östlich und westlich der B96a führen über die Rudower Chaussee und den Sterndamm durch Brücken an den S-Bahnhöfen Adlershof bzw. Schöne-

weide hindurch sowie über die bereits völlig überlastete Kreuzung am Glienicker Weg.

Bereits jetzt sind diese Verbindungen völlig überlastet. Unter der S-Bahn-Strecke Adlershof-Schöne-weide hindurch sind deshalb dringend eine bzw. mehrere neue PKW-Straßenverbindungen als zeitnahe Entlastung für die neuen Wohngebiete im Bereich Wista/Johannisthal nötig.

Bereits jetzt sind die Rudower Chaussee und der Sterndamm völlig überlastet.

Da im Bereich zwischen Teltow-Kanal und Betriebsbahnhof Schöne-weide/Neltestr. die Bahnlinie erhöht auf einem Bahndamm geführt wird, besteht hier die komfortable Möglichkeit, mit überschaubarem Aufwand weitere Straßendurchführungen zu schaffen, um die Verkehrsströme zu entzerren. Zum Einsatz können Tunnelbaugeräte kommen, die bei laufendem Bahnbetrieb Betonröhren unter dem Bahndamm errichten.

Die AfD-Fraktion hat die oben genannten Ideen zur Verkehrsentlastung in dieser Legislatur im Rahmen von Anträgen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) empfohlen. Die undifferenzierte Ablehnung unserer Anträge durch die Altparteien geschah einmal deswegen, weil AfD-Anträge grundsätzlich kategorisch abgelehnt werden. Wir könnten auch ewigen Frieden auf Erden in einem Antrag vorschlagen, die Altparteien würden ihn dennoch ablehnen. Und andererseits handelt es sich bei vielen Vertretern der anderen Parteien um harte Ideologen, die nur Sympathien für Radfahrer haben, Autos hingegen reflexhaft verteufeln.

Die AfD-Fraktion bleibt bei ihrem ausgewogenen Verkehrskonzept, das praktische Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer bietet. Wir möchten den Treptow-Köpenickern Mobilität ohne ständigen Frust und Stillstand ermöglichen!

~ATA

Das Wunder von Berlin

Das neue alte Stadtschloss ist eine Freude für die Berliner und Besucher aus der ganzen Welt



Foto: stock.adobe.com, ekvencize

Man darf noch an Wunder glauben, und eines davon steht nun in der Mitte Berlins auf dem Schlossplatz: Das neue alte Berliner Stadtschloss! Neben honorigen Verehrern und fleißigen Förderern des Stadtschlusses gab es von Anfang an viel Missgunst und ideologische Ablehnung. Im Berlin der Nachwendzeit musste man auf dem steinigem Weg zur Eröffnung so einige Hürden nehmen und Kompromisse eingehen. Heute kann man jedenfalls glücklich und stolz sein, dass die drei Barockfassadenseiten das frühere, wunderschöne Stadtensemble der Berliner Mitte wiederherstellen.

Derjenige, dem wir dieses Wunder in erster Linie zu verdanken haben, ist der ehemalige Landmaschinenhändler Wilhelm von Boddien aus Hamburg. Der deutsche Kaufmann gründete 1992 den Förderverein für den Wiederaufbau des Berliner Schlosses. Sein Interesse für die städtebauliche Entwicklung des alten Berliner Zentrums bestand allerdings schon lange vorher. Als er als Gymnasiast einst Berlin besichtigte, prägte sich Boddien die Stadtleere im Zentrum ein. Das Thema ließ ihn nicht mehr los, und aus dem Schwärmer wurde ein „Schlossprofi“ bezüglich Geschichte, Bildmaterialien und Dokumentationen. Die Vision einer Wiedererrichtung des Schlosses setzte sich bei von Boddien fest. Er suchte Gleichgesinnte und fand sie nach der Wende unter anderem bei den Freunden der Schlösser und Gärten: Wolf Jobst Siedler (Verleger), Otto von Simson (Kunsthistoriker) und Joachim Fest

(Historiker). In den Folgejahren wurden viele Privatpenden zur Realisierung des Bauvorhabens gesammelt. Auf einer Reise nach Paris bekam von Boddien die Inspiration für eine Fassadensimulation.

Von Boddien und sämtliche Schloss-Förderer wurden in den Anfangsjahren von wahren Wutwellen übergossen. Das Projekt, das auf den Abriss des „Palastes der Republik“ folgen und an dessen Stelle gesetzt werden sollte, erhitzte die Gemüter linker Politiker und Journalisten. Von Boddien bezeichnete man als „Schlossgespenst“ und seine Unterstützer als „Spinner und Fantasten“. Die links-grüne Tageszeitung „taz“ schrieb abschätzig von der „Besoffenheit der Menschen, die das Schloss wiederhaben möchten“. Der Berliner Architekt Philipp Oswald bezichtigte Boddien der Veruntreuung von Spendengeldern. Dessen Klage wurde später abgewiesen. Es bedurfte also viel



Berliner Stadtschloss mit Eosander Portal um 1900

Ausdauer und einer besonderen Nervenstärke, diese Gemengelage unbeschadet zu überstehen und den Bau des Stadtschlusses erfolgreich in die Wege zu leiten.

Von Boddien und sämtliche Schloss-Förderer wurden in den Anfangsjahren von wahren Wutwellen übergossen.

Schon lange vor dem Bundestagsbeschluss finanzierte der Förderverein aus Spendengeldern die Herstellung der Fassadenzeichnungen. 2002 erfolgte dann das Votum des Deutschen Bundestages zum Wiederaufbau des Schlosses: Rekonstruktion der äußeren Barockfassade und des Schlüterhofes. Franko

Fotos Lustgarten Memhardtplan, Stich Rosenberg, Essaunder Portal: wikimedia commons



**Blick über den Lustgarten mit Schloss im Hintergrund, um 1900 (o.),
Fassade des wiederhergestellten Schlosses 2021 (re.)**

Stella, ein italienischer Architekt, gewann den Architekturwettbewerb. Der Italiener sah noch mehr Barockflächen als ursprünglich geplant in seinem Projekt vor, sodass zusätzliche 20 Millionen Euro Spendengelder nötig wurden.

Baustoffe wurden mühevoll ausgewählt und architektonische Details aufwendig rekonstruiert.

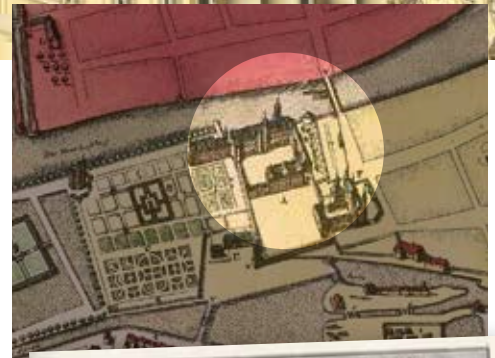
Die komplette Finanzierung konnte 2007 beschlossen werden. Der Bund steuerte 590 Millionen Euro, das Land Berlin 32 Millionen Euro und der Förderverein für den Wiederaufbau insgesamt 105 Millionen Euro bei. Entgegen den Verlautbarungen von linken Politikern und Journalisten handelte es sich bei der stolzen Summe des Fördervereins nicht um Großspenden, sondern um Einzelspenden von Bürgern.

Um eine möglichst große Transparenz bei der Baudurchführung zu erreichen und die Bevölkerung teilhaben zu lassen, wurde unmittelbar an der Baugrubengrenze die sogenannte „Humboldtbox“ errichtet. Hier konnte allen Neugierigen und Interessierten auf fünf Etagen das Projekt erläutert werden.

Baubeginn und Grundsteinlegung durch den Bundespräsidenten fanden 2012 und 2013 statt. Die technische Umsetzung des Bauvorhabens war hochkomplex: Baustoffe wurden mühevoll ausgewählt und architektonische Details aufwendig rekonstruiert. In unmittelbarer Nähe lief eine Zeit lang parallel der Bau der neuen U-Bahnstrecke Unter den Linden. Der U-Bahnvortrieb führte direkt unter der Schlosskellersohle durch.

Das Humboldtforum versteht sich seit seiner Fertigstellung als ein neuartiges Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Begegnungszentrum. Es soll ein lebendiger Ort der Wissensentwicklung und Wissensvermittlung über die Kulturen der Welt sein – ganz im Sinne der Gebrüder Humboldt!

~W. HENSCHEL



Memhardtplan, 1652 (o.), Stich von J. G. Rosenberg, 1781 (darunter)



Statuen warten geduldig auf ihren Platz (li.), Liebevoll restaurierte Details der Fassade (u.)



Fotos Kuppel, Statuen, Fassade unten und oben: AfD-Fraktion, Treptow-Köpenick

Mitmachen, Mitbestimmen, Mitglied werden.

Werden Sie jetzt Teil der Alternative für Deutschland!

Auch Sie können Teil der jüngsten und erfolgreichsten Partei Deutschlands werden: Gestalten Sie aktiv die Zukunft unseres Landes mit. Wir machen Politik nicht von oben nach unten wie die etablierten Parteien. Wir schreiben niemandem vor, was er zu sagen oder gar zu denken hat. Wir sind kritische Bürger, die ihre Heimat lieben und selbstbestimmt in Frieden und Freiheit in einem Europa der Vaterländer leben wollen. Wir sprechen aus, was wir denken – wir tun, was wir sagen – und wir sind, was wir tun. Werden Sie Teil dieser Erfolgsgeschichte. Es gibt viel zu tun!

Wo Ihr Wille, ist auch ein Weg: in keiner anderen Partei haben die Mitglieder mehr Mitsprache, Meinungsfreiheit und Mitwirkungsmöglichkeiten – in den Orts- und Kreisverbänden, den Landesverbänden, auf den Mitgliederparteitagen und den zahlreichen Gliederungen, Gremien und Arbeitskreisen.

Wir sind offen für Worte und Widerworte, für kluge Ideen und kreatives Engagement, für Jung und Alt, für Frauen und Männer, für Nordlichter und Süddeutsche, für Vegetarier und Fleischfreunde ... jedoch nicht für Quoten, Diskriminierungen und Demokratiefeinde.

Wenn auch Sie dabei sein wollen, dann fordern Sie Ihren Mitgliedsantrag an oder füllen diesen direkt online aus:



<http://afd.berlin/mitmachen/mitglied-werden/>



**Sie haben Fragen, Anregungen oder Sorgen?
Sie möchten gerne eine Bürgerfrage in der BVV stellen,
wissen aber nicht, wie das geht?**

Dann schreiben Sie uns! Wir helfen Ihnen gerne weiter und lassen Sie nicht im Regen stehen. In regelmäßigen Abständen wollen wir hier über ihre konkreten Anliegen und unsere konkreten Lösungsvorschläge berichten.

Kontakt

Bezirksverband Treptow-Köpenick

Bezirkssprecher: Alexander Bertram, Martin Trefzer

✉ kontakt@afd-treptow-koepenick.de

📘 facebook.com/alternativfuertk/



Foto: stock.adobe.com, tity

**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?
Dann können Sie uns
auch durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD Berlin Treptow-Köpenick,
DE58 100 500 000 190708867
BELADEBEXXX

IMPRESSUM

HERAUSGEBER AfD-Bezirksverband Treptow-Köpenick, Winckelmannstr. 31, 12487 Berlin
VERANTWORTLICH IM SINNE DES PRESSERECHTS
Alexander Bertram, Martin Trefzer
E-MAIL kontakt@afd-treptow-koepenick.de
REDAKTIONSSCHLUSS 20. APRIL 2021